

Postfische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntage mit der illustrierten Beilage „Zeitsbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurstext der Berliner Börsen und amerikanischem Funkmarkt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wandlung.

Wöchentlich 1.— Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 4.50 für den Korrespondenz-Amt Dönhofs 800.—809. Teilnehmern gegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Auszugeissen in Goldmark: num-Zelle 25 Pfennig, Familien-Anzeigen num-Zelle 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ulstein in Chefredaktion Georg Bernhard, Verantw. Redaktionsrat: Carl Meißner, Siegfried, Ewert. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentralamt Ulstein, Amt Dönhofs 8000—2653. Für den Korrespondenz-Amt Dönhofs 800.—809. Teilnehmern. Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Das Transferrkompromiß erreicht

Beschluß der Chefdelegierten.

Sonderdienst der „Postfischen Zeitung“.

M. R.-r. London, 12. August.

In der heutigen Sitzung der Delegationsdebatte wurde die Transferrfrage beschlossen. Es kam zu heftigen Meinungsverschiedenheiten darüber, inwieweit ein deutsches Einflußrecht gegen die Art der Anlage von nicht übertragenen Gütern aus dem Reparationsfond zulässig sei. Nach dem lauten Vorlesung sollten bis zwei Milliarden für kurzfristige Anlagen gestattet sein und bis fünf Milliarden in langfristigen Anlagen, aber nur in Werken, die von der Reichsregierung genehmigt werden. Frankreich hatte zur Entscheidung über den deutschen Einfluß ein Sachverständigenkomitee vorgeschlagen. Am Samstagabend beriefen sich die Delegierten auf den Entscheidungskommissionen des Dames-Ausschusses einzuordnen.

Dieses Komitee lag heute vor, befürchte aber den deutschen Standpunkt nicht und die deutsche Delegation forderte eine Entscheidung der Konferenz. Es wurde beschlossen, eine Spezialkommission von Chefdelegierten einzusetzen, um festzustellen, wie weit die Rechte des Transferrkompromiß nach dem Wortlaut des Dames-Planes gehen.

In dieser Spezialkommission wurde ein Kommando mit dem Namen Kommando der langfristigen Anlagen ein bestimmter Transferr der deutschen Industrie überhaupt ausgeschlossen bleibt. Ferner wurden Bestimmungen getroffen, die genau umgrenzen, wie weit das Transferr-Komitee bei Anlagen kann.

Grundsatz ist, daß die ökonomische Herrschaft Deutschlands angetastet bleibt, daß bestimmter Grundbesitz ebenfalls ausgenommen und Überlieferung verbleibt. Diese Anlage muß auf zehn Jahre erfolgen und jede Spekulation ausgeschlossen bleiben. Dieses Kommando unterliegt nur der Befähigung durch den Geschäftsrat.

Auch wegen der Beschreibungen ist ein teilweises Kommando erreicht worden. Kohlen- und Kokslieferungen über 1930 hinaus sind von Deutschland angekauft, die übrigen von der französischen Delegation überreichte Teile von Deutschland abgetrennt worden.

Die Verhandlungen nach Herriot.

Sonderdienst der „Postfischen Zeitung“.

M. R.-r. London, 12. August.

Die ideale Hoffnung ist aufgehoben, daß am Donnerstag schon die Schlußtagung der Konferenz mit stattfinden können. Man hat sich dazu erinnert, daß allein schon zwei Tage werden erforderlich sein, um das umfangreiche Schlußprotokoll der Konferenz zu redigieren und fertigzustellen. Man hat sich also damit abgefunden, daß dies am 14. in London zu bleiben. Aber die eigentliche Arbeit der Konferenz ist, da auch in der Transferrfrage ein Kompromiß erreicht worden ist, so gut wie beendet, und wahrscheinlich am Schluß der heutigen Sitzung der Delegationsdebatte abgeschlossen. Der militärischen Räumung der Ruhr und der Zurückführung der französisch-belgischen Eisenbahnen sind dem besten Ergebnis.

Die deutsch-französischen Beziehungen können nicht mit der Stilleheit verlaufen gehen, die sich erst auf beiden Seiten gewünscht wird. Es ist getrennt beidseitig gewollt, die Unternehmung zwischen Dr. Stresemann und Herriot heute abend fortzusetzen, aber die zeit politische Auseinandersetzung über die Termine und Klappen der militärischen Räumung der Kantonsgebiete sind wieder abhängig von den handelspolitischen Verhandlungen, die durch die Deutscher Clementel-Entwurf ausgelöst worden sind, und die sich nicht ohne weiteres abstellen lassen. Man hat sich davon, daß die französische Initiative auch Blinzie bei den anderen Delegationen geweckt hat, und daß jetzt auch Belgien, England und Italien mit Handelsvertragsverhandlungen kommen, nicht zwischen den französischen Forderungen und dem, was die deutsche Delegation fordern können, eine breite Kluft. Die deutsche Delegation hat einen Gegenentwurf ausgearbeitet, der von dem Programm Clementel-Entwurf stark abweicht. Die deutschen Ent-

würdigen unter Führung von Reichsfinanzminister Dr. Luchter, die französische unter der Leitung Clementels, sitzen seit heute nachmittags ununterbrochen beisammen. Aber noch ist es in den letzten Nachmittagen noch zu keiner wesentlichen Annäherung zwischen den Unterhändlern gekommen. Inwieweit sich auch die politischen Beziehungen über die militärische Räumung und die Zurückführung der Eisenbahnen, die noch französischer Besetzung nicht miteinander zu tun haben, nach deutlicher Klärung über in einer Verbindung haben, am morgen verhandelt werden. Es werden aber dafür einen offiziellen Antrag haben.

Die bisherigen Unterhaltungen zwischen Stresemann und Herriot haben nur den Charakter einer inoffiziellen Führungsnahme gehabt. Morgen, wenn das Ergebnis der heutigen handelspolitischen Verhandlungen vorliegt, werden die Führer der deutschen und der französischen Delegationen, Dr. Stresemann und Luchter auf der einen, Herriot, Nollet und Clementel auf der anderen Seite, in eine offizielle Erörterung der militärischen Räumung eintreten.

In jeht gut unterrichtet alliierten Kreisen, in denen man den schiedlichen Willen Stresemanns unterteilt, über den Termin der Rückzahlung zu einer Verbindung mit Deutschland zu gelangen, wenn man mit einem Kompromißvorhaben des französischen Militärministeriums, der darin geht soll, daß in dem französischen Kolonialbesitz verbleibe, die Räumung der Kantonsgebiete nicht in roten Gruppen, jährens innerhalb Jahresfrist, erfolgt sein. Diese Frist soll aber abgetrennt werden, wenn die Generalratolle, die jetzt durch die Alliierten vorgenommen werden soll, ergibt, daß Deutschland die Abtretungsbedingungen des Versailles Vertrag eingehalten habe. In Frankreich herrscht große Verwirrung über gezielten Räumungen, insbesondere glaubt man an die schnelle Herstellung großer Mengen deutscher Eisen- und Zinnminen. Wenn die Generalratolle ergeben sollte, daß diese Verträge nicht durchzuführen sind, dann würde der Räumungsplan erheblich abgeändert werden können und vielleicht zusammenfallen mit dem Termin der Röhre Zone, der auf den 10. Januar 1925 fällt. Auf der Basis dieses Kompromißvorhabens erwartet man eine Verbindung über den Endtermin der militärischen Räumung der Kantonsgebiete, mit der sich der deutsche Verhandlung und die französische Räumung werden einverstanden erklären können. Die Zurückführung der Eisenbahnen ist in dem gleichen Tempo erfolgen wie die der Besatzungsgruppen. Die Abmachungen darüber sollen in Brüssel festgelegt werden, die zwischen der deutschen, französischen und belgischen Regierung gegenseitig ausgetauscht werden.

Die Frage, wie sich die Bankiers, die während der letzten Wochen der Konferenz mit einer gewissen Abhilfe ausgesetzt werden sind, nach Abschluß der Konferenz verhalten werden, ist in den letzten Stunden der Delegationsdebatte mehr als einmal aufgeworfen worden. Es scheint, daß zwei Gruppen von Bankiers zu unterscheiden sind. Die eine, vorwiegend englische, die von der Dames-Plan die allgemeine Industrie beinträchtigt ist, erhebt offenbar einen weiteren politischen Einfluß auf die Konferenz und beabsichtigt, auch nach der Unterzeichnung des Schlußprotokolls noch gebiet zu werden. Sie verlangen, daß die endgültigen Befehle der Konferenz noch gewissermaßen der Kontrolle der Bankiers unterbreitet werden, und macht die Durchführung der Abmachungen abhängig von dem Ergebnis der Prüfung des Schlußprotokolls. Die andere, vorwiegend amerikanische Gruppe, steht auf dem Standpunkt, daß es nicht Aufgabe der Bankiers sei, Politik zu treiben, sondern die, einfach Gefühle zu machen und die entsprechende Sicherheit zu fordern. Diese Sicherheit sei gegeben, wenn die Sanktionsgebote militärisch gestützt und Sanktionen praktisch ausgeschlossen bleiben. Man hält es für durchaus möglich, daß die Sanktionsgebote nicht werden, gleich aber festgesetzt, daß damit die Durchführung des 800-Millionen-Statische irgendeine gefordert werden.

Das amerikanische Interesse an dem politischen Erfolg des Dames-Planes und an dem Finanzgeschäft ist so groß und die in die Nähe in den Vereinigten Staaten allein ausbreitenden, daß ein Mitglied der deutschen Delegation, der Reichsfinanzminister, in London bleiben wird, um die Anleiheverhandlungen zum Abschluß zu bringen. Reichsfinanzminister Cohnstamm an ihnen beteiligt sein. (Siehe auch zweite Seite.)

Weltabrüstung und Garantiepakt.

Von Professor K. Duldor.

In der Sitzung des Völkerbundes ist in Vorbereitung der Bestimmungen zur Sicherung des Friedens auch die Abklärung der Abrüstung verprochen worden. Die Abrüstungen sollen herabgesetzt werden bis auf das Maß, das zur inneren Sicherheit der Staaten und zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund erforderlich ist. In der Sitzung wurde ein Teil des Völkerbundes in der Debatte aufgezwungenen Entschlossenheit gezeigt, die alle den Begünstigten in der Abrüstung eröffnen. Die Völker, insbesondere das deutsche Volk, besitzen also einen doppelten verbrieften Anspruch auf allgemeine und gründliche Abrüstung durch den Völkerbund, wie man anerkennen muß, ernstlich aus Wert gemacht. Sie hat sofort außer der handlung, rein militärischer Kommission, die durch Art. 8 der Satzung vorgehoren war, eine zeitweilige gemischte Kommission eingesetzt, der neben Militärs auch Völkerrechtler, Staatsrechtler, Juristen und Sachverständige und Vertreter angehören. Diese Kommission wurde das Organ für die Bemühungen, zu einer Verminderung oder gänzlich einmal zu einer Begrenzung der Abrüstungen zu gelangen. Der Erfolg war allerdings mehr als bescheiden.

Passivisten und andere Vertreter der Abrüstungsgegner haben darüber in der Völkerbundesversammlung bittere Klagen geführt. Fremde des Völkerbundes erklärten, diese bringe sich um jedes Vertrauen, wenn er nicht die Abrüstung durchziehe. Gegner konnten sich nicht genug tun im Monat über das lässliche Verhalten — als ob die eigene nichtigen Völkerbund-Wörter weiche Festhalten gegenüber dem Völkerbund.

So sehr ich mit allem sympathisiere, was über die Bedeutung und die unbedingte Notwendigkeit der Weltabrüstung gesagt ist, so bin ich doch gegenüber der im Passivismus herrschenden Beurteilung dieser Frage in gewissen Sinne immer feher gemessen. Ich finde (und habe es auch öffentlich wiederholt vertreten), daß Fremde und Gegner die letzten gezeigt nicht immer gerade (wie aufrecht) viel zu ungeduldig sind. Man fordert große Ergebnisse auf dem Wege zur Weltabrüstung, ehe die Vorbedingungen dafür erfüllt sind. Wie kann man erwarten, daß der Völkerbund eine wirkliche, allgemeine und tief eingehende Abrüstung herbeiführen wird, noch nicht militärisch Frieden haben, solange die Dentweise der Völker noch so sehr unter der Lastung des Streites steht und die von moralischer Abrüstung noch weit entfernt sind, solange ferner der Völkerbund nicht militärisch die ganze Welt umspannt, und solange auch er selbst nicht militärisch für unzerstörbar ist. Die Sicherung der Welt vor den bedrohlichen Risiken bietet, noch auch nur den Krieg als legitimes Mittel zur Aufhebung von Völkerrechtverletzungen ausgeübt hat?

Wannmal habe ich auf Zusammenkünfte von Passivisten und Völkerbundmitgliedern, ebenso aber auch bei Zeitungen von Nebenhernehmer Gehörungsangelegenheiten (von den bösartigen Parawirken der Gegner ganz zu schweigen) den Eindruck gehabt, als ob man ein Ergebnis der passivistischen Ebenenarbeit aus der Zeit vor dem Streite, ein Ergebnis, das nach meiner Auffassung aus geschiedenen Gründen zu erwarten war, als Resultat gebietet, das weniger hätte; doch nämlich die Sicherung und Abrüstung unternommen zu sein.

Eine wirkliche Abrüstung ist nur möglich, wenn sie erstens ganz allgemein ist, das heißt alle militärisch irgend in Betracht kommenden Staaten umschließt, das heißt auch die Abrüstung eines militärisch starken Staates nach die vollständige Abrüstung für alle anderen unmöglich —, und sie ist weiter nur möglich, wenn eine noch menschenbildender Eiferer vollkommene Gewähr für unparteiische friedliche Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten gegeben ist. Ein Völkerbund, dem nur große Länder, die Vereinigten Staaten, Japan und Deutschland, fehlen, ein Völkerbund, der unter gewissen Umständen den Krieg noch zuläßt, ja geradezu jantioniert, kann die in der Satzung verprochene radikale Abrüstung nicht durchführen. Das von ihm zu fordern, ist unmöglich.

Obgleich wohl man natürlich nicht die Hände in den Schoß legen, sondern sich veruchen, ob sich nicht doch, ehe die Vorbedingungen zur Erreichung des Endzieles erfüllt sind, einige Schritte auf dem Wege zur Weltabrüstung tun lassen, ob also nicht Teilerfolge möglich sind. Das abzuwägen, wäre höchster Wertgegenstand.

Aus solchen Erwägungen und aus der geführten Verhandlung, bald zu einhundertem Ergebnisse zu kommen, auch aus der Erkenntnis, daß das Ausbleiben eines Abrüstungswettlaufes neue Kriegsgefahren in sich birgt, ist der Plan, „à la r a n t i e p a c i f i c a“ herzuverlangen, der hier, trotz der alles Interesse aufwachsenden Londoner Konferenz, die Selbstpflichtigkeit der Abrüstung ist.